

Positionspapier der Naturfreundejugend Thüringen Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen

Bildung und Erziehung werden in Deutschland inhaltlich getrennt. Der Staat zieht sich im gesellschaftlichen Konsens auf Bildung zurück. Diese Trennung, speziell hat dazu geführt, dass die Bildung wertfrei geworden ist. Diese Wertfreiheit hat dazu geführt, dass die Kinder und Jugendlichen am Ende der Schulpflicht nur wenig Bezüge zwischen der genossenen Bildung und ihnen Selbst feststellen. Bildung ist für sie etwas Abstraktes ohne Bezug zu ihrer Persönlichkeit und ihren Einstellungen.

Die Betreuung, Erziehung und Bildung von Kindern ist selbstverständlich ein Recht der Eltern. Zu diesem Recht der Eltern gehört eine Pflicht des Staates. Der Staat hat die Pflicht die Eltern bei der Betreuung, Erziehung und Bildung der Kinder zu unterstützen. Dabei treten Konflikte zwischen dem Recht der Eltern und der Pflicht des Staates auf. Im Gegensatz zu den Eltern hat der Staat seine Verantwortung nicht nur gegenüber einzelnen Kindern, sondern gegenüber der Gesamtheit, der Gesellschaft. Diese Gesamtverantwortung kann dazu führen, dass die Eltern in ihrem Recht beschnitten werden können. Dabei darf das Recht der Eltern nicht grundsätzlich negiert werden. Es müssen gesellschaftspolitische Entscheidungen getroffen werden, bei denen ein Konsens gebildet wird, welcher auf die individuelle Entwicklung jedes Einzelnen innerhalb der Gesellschaft ausgerichtet ist.

Alle gesellschaftlichen Institutionen für Bildung, Erziehung oder Betreuung, müssen einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen. Dazu gehört ebenso ein enger Kontakt und eine enge Abstimmung mit den Eltern, um zu Gunsten der Kinder und Jugendlichen eine einheitliche Lebenswelt für sie zu schaffen.

Die Institutionen für Bildung, Erziehung und Betreuung werden momentan als einzelne Entwicklungsabschnitte von Kindern und Jugendlichen betrachtet. Dies führt dazu, dass sich die Institutionen wechselseitig die Verantwortung, für die mangelnden Leistungen und die zunehmende Orientierungslosigkeit von Kindern und Jugendlichen, zu schieben. Die Institutionen müssen sich als ganzheitliches System verstehen. Nur so kann es gelingen die Kindheit und Jugend und Ausbildung als eine Lebenswelt zu gestalten. Die einzelnen Bereiche dieses Systems sollen nicht nur aufeinander aufbauen, sondern auch voneinander lernen. Das heißt, das sie untereinander die gewünschten und notwendigen Kenntnisse, Fähigkeiten und Einstellungen der Kinder und Jugendlichen austauschen und sich als Gesamtsystem dahingehen einstellen und strukturieren. Dieses System reicht vom Kindergarten bis zur abgeschlossenen Berufsqualifikation.

Grundsätzlich fordern wir für die Bildung, Erziehung und Betreuung:

- **einheitlich gesellschaftspolitisches Verständnis über die Einheit von Bildung, Erziehung und Betreuung als Grundlage des Bildungssystems**
- **Entwicklung des Bildungssystem mit dem ganzheitlichen Anspruch, vom Kindergarten bis zur abgeschlossenen Berufsqualifikation**
- **Stärkere Vernetzung zwischen den Institutionen des Bildungssystems und den familiären Lebenswelten von Kinder und Jugendlichen**
- **Ausrichtung der Ausbildung von pädagogischen Fachpersonal auf den ganzheitlichen Ansatz von Bildung, Erziehung und Betreuung**

Kindertagesstätten

Die Angebote der Kinderbetreuung haben zwei Adressaten, die Eltern und die Kinder. Für die Eltern ist es eine Möglichkeit sich in Familie und Beruf gleichsam zu verwirklichen. Um diese Möglichkeit ernsthaft zu bieten, müssen die Eltern die Möglichkeit haben ein Betreuungsangebot bereits vor der Vollendung des 1. Lebensjahres in Anspruch zu nehmen. Um den Eltern ein breites und verlässliches Angebot zu bieten muss es einen gesetzlichen

Anspruch darauf geben. Für die Kinder bieten die Betreuungsangebote eine Chancengerechtigkeit. Diese Chancengerechtigkeit bezieht sich darauf die gleichen Entwicklungsmöglichkeiten zu bekommen wie die Kinder, welche durch die Eltern betreut werden. Diese Entwicklungsmöglichkeiten beziehen sich auf erlerntes Wissen und erlernte Fähigkeiten, Normen und Werte. Um dies zu ermöglichen, dürfen die Betreuungsangebote nicht nur auf die Verwahrung der Kinder ausgerichtet sein, sondern auch einen Bildungs- und Erziehungsauftrag verfolgen. Durch eine Vielfalt in der Trägerlandschaft können sich die Eltern das gewünschte und dem Kind gerechte Angebot aussuchen.

Durch den Bildungs- und Erziehungsauftrag in der Kinderbetreuung besteht die Möglichkeit und die Chance, die Kinder langsam und spielerisch an die demokratischen Normen und Werte unserer Gesellschaft heran zu führen.

Bis zum 5. Lebensjahr soll dies als reines Angebot bestehen. Ab dem 5. Lebensjahr soll es für alle Eltern und Kinder verpflichtend sein. Ein verpflichtendes Jahr zur Vorbereitung auf die Schule ist daher sinnvoll, da somit die Möglichkeit besteht allen Kindern Chancengerechtigkeit zu ermöglichen. Im Rahmen der Kindertagesstätten besteht vielmehr die Möglichkeit die Heranführung an die Schule spielerisch und mit einem breiten Methodenspektrum zu verfolgen. Durch dieses vorbereitende Jahr erfolgt ebenso eine Unterstützung der Grundschule. In der 1. Klasse kann dann von einer weitestgehend gleichen Entwicklungsgrundlage der Kinder ausgegangen werden.

Derzeit ist es so, das viele Familien, gerade sozialschwache und Familien mit Migrationshintergrund, den Besuch ihrer Kinder in der Kindertagesstätte aus Kostengründen nicht ermöglichen können. Daher, ist es sinnvoll nicht nur ein attraktives Betreuungsangebot in den Kindertagesstätten anzubieten, sondern auch die Kosten erheblich zu senken.

Wir fordern für den Bereich Kindertagesstätten:

- **gesetzlichen Anspruch ab dem 1. Lebensjahr**
- **ganzheitliche Ausrichtung auf Bildung, Erziehung und Betreuung**
- **Senkung der Kosten für den Besuch von Kindertagesstätten**
- **gesetzliche Verpflichtung für das letzte Kindergartenjahr als Vorschule**
- **Kostenübernahme des Staates für das verpflichtende Kindergartenjahr**

Schule

Die Schule bildet für Kinder und Jugendliche eine wichtige Lebenswelt ab dem 6. Lebensjahr. Diese Lebenswelt nimmt einen großen zeitlichen Raum ein. Daraus ergibt sich eine Notwendigkeit, die Schule ganzheitlich nach Bildung, Erziehung und Betreuung auszurichten. Unter diesem Aspekt ist die Schaffung und der Ausbau des Ganztagsangebots notwendig. Dafür müssen die Schulen mit mehr finanziellen Mittel ausgestattet werden, welche sie in Eigenverantwortung bewirtschaften können. Trotzdem ist es selbstverständlich, das Schulen bestimmte strukturelle und inhaltliche Normen einhalten, um ein allgemein gleiches Angebot zu schaffen.

Bildung

Schulische Bildung muss Grundlagen legen, Zusammenhänge herstellen, Orientierung vermitteln und zu lebenslangem Lernen motivieren. Sie soll durch die Vermittlung von Schlüsselqualifikationen vor allem das Zutrauen in die eigenen Kräfte und die eigene Leistungsfähigkeit bestmöglich fördern. Zu diesen Schlüsselqualifikationen gehören Teamfähigkeit, Belastbarkeit, Selbstständigkeit in Arbeitsweise und Zielvorgabe, Flexibilität und Mobilität, Kommunikationsfähigkeit, Verantwortungsbewusstsein, die Bereitschaft und die Fähigkeit zu lebenslangem Lernen und Kreativität.

Die derzeitige Situation ist, dass SchülerInnen sich nicht aktiv am schulischen Leben beteiligen, weil ihnen Motivation und Mittel fehlen. Partizipative Möglichkeiten bei

Unterrichtsgestaltung, Schulausstattung und Lehrplan, sind größtenteils nicht vorhanden. Um Beteiligung der SchülerInnen zu fördern bedarf es Schülergremien, die sich mit entsprechenden Themen befassen und berücksichtigt werden.

Um das Lernklima in den Klassen zu verbessern ist eine Begrenzung der Klassenstärke auf maximal 20 SchülerInnen notwendig. Weiterhin ist es sinnvoll, dass kooperative Aufgaben im Lernplan aufgenommen werden um Teamfähigkeit und Kommunikationsfähigkeit zu fördern. Um Kindern und Jugendlichen eine zukunftsgerechte Bildung zu geben ist ein sachbezogener und angemessener Einsatz von neuen Medien zu gewährleisten. Dazu ist es notwendig, dass Lehrer sich auf Seminaren Fortbilden und neues fachkompetentes Wissen sowie sozialpädagogische Methoden aneignen.

Diese Ziele muss Schule gegenüber allen Kindern und Jugendlichen vertreten. Durch das Schulsystem in Thüringen werden die Kinder und Jugendliche sehr früh nach Leistung selektiert und dadurch sehr früh auf bestimmte Laufbahnen festgelegt. Es ist im Nachhinein nur sehr schwer möglich diesen Weg zu verändern. Dies muss durch ein längeres gemeinsames Lernen verändert werden.

Das Abitur hat auf dem Ausbildungsmarkt den Realschulabschluss ins Abseits gestellt. Dadurch ist das Bild entstanden, dass es besser sein ein schlechtes Abitur zu haben als einen guten Realschulabschluss. Das Gymnasium hat sich in den vergangenen Jahren mit seinen Bildungszielen der Realschule angepasst. Die Aufgabe die Jugendlichen auf ein Studium vorzubereiten kann dadurch nur noch bedingt realisiert werden. Durch eine neue Ausrichtung von Realschule und Gymnasium müssen diese Relationen und Aufgaben korrigiert werden.

Verlierer der Momentanen Situation sind überdurchschnittlich die Hauptschüler. Für sie gibt es nur sehr wenige Möglichkeiten für eine berufliche Qualifikation und damit für ihre Lebensplanung und Lebensgestaltung. Eine neue Realschule muss es schaffen diese Kinder und Jugendlichen aufzunehmen. Die Hauptschule muss im Hinblick auf Chancengleichheit gänzlich abgeschafft werden.

Wir fordern für den Bereich Bildung:

- **Längeres gemeinsames Lernen bis einschließlich Klasse 8**
- **Neuausrichtung der Realschule und des Gymnasiums hinsichtlich ihrer primären Aufgaben**
- **Abschaffung der Hauptschule**
- **Ausbau der Ganztagschulangebots**

Erziehung und Betreuung

Schule hat einen Bildungs- und Erziehungsauftrag. Zugleich ist sie Sozialisationsinstanz. Die Aufgabe von Bildungs- und Erziehungsprozessen ist es, „Lebenskompetenz“ herauszubilden.

Lebenskompetenz geht über Lernkompetenz hinaus. Der Charakter des Lernens als Schlüsselqualifikation von Schule ist eine Grundlage zur Entwicklung von Lebenskompetenz. Um dies zu erreichen, muss Schule einen Lebensraum außerhalb des Unterrichtes bieten. Die Schulen haben den Auftrag, sich gemäß ihrem Schulprofil kompetente und qualitativ gute Partner zur Gestaltung des Lernumfelds zu suchen. Die momentane Umsetzung der Schuljugendarbeit in Thüringen erfolgt zur Zeit größtenteils durch Schulfördervereine. Dies führt dazu, dass zahlreiche Angebote durch Lehrer verantwortet und durchgeführt werden. Das hat zur Folge, dass es für die Kinder und Jugendlichen keine Freizeitgestaltung in der Schule ist, sondern Freizeitgestaltung durch die Schule. Die Schulsituation wird für die Kinder und Jugendlichen nicht aufgelöst und das Lehrer-Schüler-Verhältnis bleibt bestehen. Für eine bessere und für Kinder und Jugendliche reizvollere Freizeitgestaltung im Rahmen der Schule kommt, muss diese Praxis verändert werden. Zurzeit gibt es in Thüringen noch

eine breite Trägerstruktur in der Jugendverbands- und Jugendarbeit. Die Träger verfügen über ein breites Repertoire an Angeboten und qualitativ hochwertigen Methoden für die Freizeitgestaltung. Diese Ressource muss durch die Schulen aktiver genutzt werden.

Wir fordern für den Bereich Erziehung und Betreuung:

- **ganzheitliche Ausrichtung auf Bildung, Erziehung und Betreuung**
- **Erweiterung des Ganztagschulangebotes**
- **Höhere und flexiblere finanzielle Ausstattung der Schulen**
- **Überarbeitung und effektiverer Einsatz des Programms Schuljugendarbeit**
- **Stärkere Einbeziehung der Freien Träger in die Schuljugendarbeit**

Berufsqualifikation

Die Wirtschaft und die Hochschulen beschwerten sich über die mangelnden Qualifikationen der Schulabgänger. Dass diese Kritik zutreffend ist, wird hinreichend durch die Pisastudien bestätigt. Damit Schule die Anforderungen von Wirtschaft und Hochschule erfüllen kann, ist es notwendig, dass es einen konstruktiven Dialog zwischen den Institutionen gibt.

Darüber hinaus ist es notwendig, dass sich die Wirtschaft mit finanziellen Mitteln und strukturellen Ressourcen an der schulischen Bildung beteiligt, und Hochschulen schulische Ausbildung mit vorhandenen Ressourcen unterstützen.

Damit darf allerdings keine Einflussmöglichkeit auf Ausrichtung und Profil der Schule verbunden sein.

Daher fordern wir:

- **Abstimmung zwischen Schule, Hochschule und Wirtschaft hinsichtlich von Zielen und Anforderungen**
- **Beteiligung von Hochschule und Wirtschaft mit finanziellen und strukturellen Ressourcen an der schulischen Ausbildung**

Um allen Kindern und Jugendlichen die gleichen Entwicklungsmöglichkeiten zu geben, müssen alle Zugänge für Ober-, Fach- und Fachhochschulen sowie Universitäten so gestaltet werden, dass sie mit Abitur oder Realschulabschluss mit abgeschlossener Berufsausbildung zugänglich sind.

Finanzielle Hürden sind außerdem ein häufiges Hindernis, dass Jugendlichen keine Hochschulausbildung angehen können. Sozialschwache Familien mit eventuell mehreren Kindern ist es fast unmöglich ihren Kindern ein Hochschulstudium zu ermöglichen. Die Naturfreundejugend Thüringen spricht sich somit für eine Abschaffung der Studiengebühren aus.

Daher fordern wir:

- **Zugangsmöglichkeit für alle Ober-, Fach- und Fachhochschulen sowie Universitäten mit Abitur oder Realschulabschluss und/oder Berufsausbildung**
- **Abschaffung der Studiengebühren**

Während der Berufsausbildung leben die Jugendlichen in einen Berufsalltag, welcher kurzzeitig durch die Berufsschule unterbrochen wird. Die Jugendlichen wechseln zwischen Arbeit und Berufsschulbildung. Auf den immer noch vorhandenen Betreuungsbedarf wird nur begrenzt reagiert. Sporadisch und kurz erfolgt eine Kommunikation zwischen Berufsschullehrer und Ausbilder des Jugendlichen. Die Jugendlichen sind überwiegend auf

sich allein gestellt. Diese Situation muss dahingehend verändert werden, dass über die Berufsschulen eine ständiges und qualitativ gute Betreuung stattfindet. Dies ist allerdings in der momentanen Situation der Berufsschullehrer nicht möglich.

Daher fordern wir:

- **Betreuung der Jugendlichen während der Berufsausbildung durch Schulsozialarbeiter an den Berufsschulen**
- **Aufteilung der Kosten für diese Schulsozialarbeit zwischen dem Land und der Wirtschaft**